

Dr. Rolf Ziegenbein

Totalitarismusforschung im Zwielficht

(Vortrag vom 22. 04. 2017)

Wenn sich die Gemeinschaft für Menschenrechte Sachsen kritisch mit dem Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden auseinandersetzt, dann gehört die Auseinandersetzung mit dessen jüngsten Veröffentlichungen dazu. Zwei Bücher aus dem Jahr 2016 sollen dabei im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen: Von Prof. Dr. Lothar Fritze erschien ein Buch unter dem Titel „Delegitimierung und Totalkritik“ mit dem Untertitel „Kritische Anmerkungen zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.“ Ein zweites, weit umfangreicheres Buch erschien unter dem Titel „Von Stalingrad zur SBZ“, Untertitel „Sachsen 1943 bis 1949“. Letzteres Buch enthält Beiträge einer Vielzahl von Autoren, überwiegend aus dem Institut. Als Herausgeber fungieren Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals und Francesca Weil. Zu beiden Büchern schrieb ich Rezensionen, die in der Mitgliederzeitung „Links“ der Partei DIE LINKE Sachsen in der Doppelausgabe Januar/ Februar 2017 veröffentlicht wurden. Die Rezension zum Buch von Fritze erschien auch im RotFuchs, Ausgabe März 2017. Beide Bücher sind sozusagen ungleiche Brüder. Während sich das Buch von Fritze kritisch mit der Gleichsetzung von Faschismus und DDR als zwei aufeinanderfolgende Diktaturen auseinandersetzt, ist das zweite Buch im Kern die Fortschreibung dieser Gleichsetzung. Der extreme Widerspruch zwischen beiden Büchern, die ihre geistigen Väter im gleichen Institut haben, fordert eine nähere Betrachtung heraus.

Bekanntlich betreibt die Bundesrepublik seit dem Anschluss der DDR vor nunmehr 27 Jahren deren systematische Herabwürdigung als Unrechtssaat. Die Verunglimpfungen in Politik, Historiografie, auch in der Kultur sind nahezu unerträglich und berühren die Biografien Zehntausender früherer DDR-Bürger. Dagegen hat sich Widerstand formiert. Geleitet durch das Kuratorium Ostdeutscher Verbände und Vereine setzen sich zahlreiche Organisationen mit diesen Verunglimpfungen auseinander. Sie trugen in den Jahrzehnten Argumente und Material zusammen, das einen Gegenpol zur gewollten Delegitimierung der DDR und ihrer Geschichte setzt. Die Gemeinschaft für Menschenrechte Sachsen trägt diesen Gegenpol mit und hat sich mit diesbezüglichen Publikationen Ansehen und Verdienste erworben. Zahlreiche Veröffentlichungen zu dieser Thematik finden sich in der Monatszeitschrift RotFuchs. Hat man diese Entwicklung im Blick, so verwundert es doch, sinnliche Argumente jetzt in einem Buch wiederzufinden, das aus der Feder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters des Hannah-Arendt-Institutes stammt, aus der Feder des bereits genannten Prof. Dr. Lothar Fritze.

Fritze ist Jahrgang 1954 und in der DDR aufgewachsen. Er absolvierte ein ökonomisches Studium und arbeitete in der Textilforschung. Nach dem Ende der DDR wandte er sich der Philosophie und der Politikwissenschaft zu, promovierte und habilitierte. Er lehrt als Professor an der Technischen Universität Chemnitz. Seit 1993 ist er parallel dazu am Hannah-Arendt-Institut in Dresden tätig. Hier schrieb er eine Reihe Arbeiten, die dem Zeitgeist und den Intentionen des Institutes entsprachen. Offensichtlich ist er aber dabei in den letzten Jahren auf die Frage gestoßen, ob das gewünschte und dem Zeitgeist entsprechende Bild der Geschichte der DDR tatsächlich wissenschaftlicher Kritik standhält oder ob es die Geschichte nicht doch verfälscht. Es ist anzunehmen, dass auch Widersprüche zwischen dem gezeichneten DDR-Bild und dem eigenen Erleben in der DDR eine Rolle in seinen Überlegungen spielen. Unabhängig davon ist es bedeutsam, dass er als etablierter Wissenschaftler eine umfangreiche und in vielerlei Hinsicht nachvollziehbare Auseinandersetzung mit Verfälschungen der DDR-Geschichte führt.

Schon 2008 stellte Fritze in einem Beitrag im Deutschland-Archiv NR. 41/2008 die Frage „Was die DDR war“ und schrieb einleitend: „Noch heute, fast zwei Jahrzehnte nach der Epochenwende von 1989 debattiert man darüber, was die DDR wohl gewesen ist und auf welchen Begriff sie sich

bringen lässt. Im Kern geht es dabei um eine angemessene Deutung des untergegangenen DDR-Systems sowie um einen Gütevergleich beider deutscher Staaten. Dabei treten eine Reihe von Schwierigkeiten auf, die man sich nur ungenügend bewusst zu machen scheint.“ Bereits hier formuliert er also den wichtigen Gedanken, dass man der DDR nur im Vergleich mit der BRD (und nicht etwa, wie praktiziert, im Vergleich mit dem Nationalsozialismus) gerecht werden kann und dass es dazu eines Gütevergleichs beider Staaten bzw. beider Systeme bedarf. Weiter schreibt er: „Bewertungen von politisch-sozialen Systemen hängen von Wertvorstellungen ab, die der Bewertende in die Bewertung selbst mit einbringt. Ein und dasselbe System kann daher unterschiedlich bewertet werden.“ Und: „Zu einem erheblichen Teil sind auch die Debatten über die Natur des DDR-Systems kaum etwas anderes als politische Kämpfe um Deutungsmacht-Kämpfe, die allerdings als Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit getarnt werden.“ Mit diesen Aussagen kommt er der Tatsache sehr nahe, dass die praktizierte DDR-Forschung interessengeleitet, nach marxistischen Auffassungen also klassengebunden ist. Wesentlich ist, dass er schon damals versuchte, den Sozialismusversuch nicht von seinem Ende her, sondern von seinen Zielen und Absichten her zu analysieren und zu beurteilen. Er schreibt: „Von einer neuen Wirtschaftsordnung versprach man sich also emanzipatorische Effekte ...“ und benennt dabei auch das Ziel der Überwindung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Er kommt bezüglich der DDR zu dem Schluss: „Als ein wesentliches, im Systemvergleich unterscheidendes Kennzeichen hat die spezifische und explizite Ausrichtung des Realsozialismus auf Gewährleistung von hoher sozialer Sicherheit und großer sozialer Gleichheit zu gelten.“ Dem kann man ebenso zustimmen, wie seinen Einschränkungen: „Dass in der DDR Menschenrechte verletzt wurden und rechtsstaatliche Sicherungen fehlten, ist nicht in Zweifel zu ziehen... Die überlegene ökonomische Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ist augenscheinlich und für jeden früheren DDR-Bürger täglich neu erlebbar.“

Nach seinen Erkenntnissen hält Fritze in der Arbeit von 2008 die selbst gestellte Frage „Was war die DDR?“ für nicht beantwortbar. Es sei schwer, wenn nicht unmöglich zu sagen, was ein System seinem Wesen nach ist. „Ob ein Leben in größerem materiellen Wohlstand einem Leben in höherer sozialer Sicherheit vorzuziehen sei (oder umgekehrt), ist, solange ein objektiv höchstes Ziel oder ein Sinn menschlichen Lebens nicht erkannt sind, eine mit rationalen Erkenntnismitteln nicht zu entscheidende Frage - was nicht ausschließt, dass Vor- und Nachteile verschiedener Lebensweisen rational diskutiert werden können.“ Diese Zweifel lesen sich auf jeden Fall besser, als die Überlegenheitsbehauptungen der vermeintlichen Sieger der Geschichte. Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass Fritze in seiner damaligen Arbeit die durchschnittliche Lebenserwartung als möglichen Indikator für die Güte eines Systems sah. Aber dieser Indikator ist nicht haltbar. Die höhere Lebenserwartung wechselte beispielsweise zwischen den beiden deutschen Staaten. Sie war zunächst in der DDR höher, später in der BRD.

Es ist anzunehmen, dass die damals angestellten Überlegungen zum Systemvergleich und die Rückbesinnung auf das eigene Erleben in der DDR bei Fritze schrittweise zu Zweifeln an der Richtigkeit des offiziellen Umganges mit der DDR-Geschichte führten. Dazu mag auch beigetragen haben, dass diese Geschichtsinterpretation zumindest unter der ostdeutschen Bevölkerung nicht zu der erhofften Wirkung führte. In seiner jetzt vorgelegten Schrift greift er nun die praktizierten Methoden der Delegitimierung der DDR fundiert und scharf an und bringt damit die „Aufarbeiter“ der Geschichte doch in Schwierigkeiten. Man muss dabei immer im Auge haben, dass es doch ein Unterschied ist, ob Zeitzeugen bestimmte Argumente benutzen, oder ob sie aus dem Munde eines etablierten Wissenschaftlers kommen und in einem renommierten Wissenschaftsverlag veröffentlicht werden. Auf jeden Fall gibt es Denkanstöße für andere Wissenschaftler.

Im Vorwort schreibt Fritze: „Die Geschichte der DDR darf mittlerweile als ein sehr gut beforschtes Terrain gelten, das, auch dank der Aktenlage, insgesamt besser erforscht ist als die Geschichte der (alten) Bundesrepublik. Die Aufarbeitungsbemühungen reduzieren sich aber nicht auf

Geschichtsschreibung. Aufarbeitung der Vergangenheit meint nicht nur beschreiben, wie es wirklich war, sondern auch benennen, was nicht hätte sein dürfen, sichtbar machen, wie es stattdessen hätte sein können, sowie darauf hinweisen, wie es hätte sein sollen.“ Das ist ein hoher Anspruch, den sich der Autor hier selbst auferlegt und der sich mit unsren eigenen Überlegungen deckt, wenn wir darüber nachdenken, was wir richtig gemacht haben, wo die Wurzeln für Fehler lagen, was wir besser unterlassen oder anders machen sollten, was uns aufgezwungen war und was wir aus freien Stücken machten. Auf solche uns umtreibenden Fragen hat auch Egon Krenz im RotFuchs zum Jahreswechsel versucht, Antworten zu finden.

Im ersten Teil der Arbeit setzt sich Fritze mit den Begriffen auseinander, die in der Totalitarismusforschung verwendet werden und stößt dabei zu allererst auf den Begriff des Totalitären selbst, der bereits mit einer negativen Wertung besetzt ist. Nach seiner Darstellung erlebte der Begriff seit 1989 in der BRD eine Renaissance, die unmittelbar mit der Absicht der Delegitimierung der DDR verbunden war. Er schreibt: „Zwar hat die Zeitgeschichtsforschung in den letzten fünfundzwanzig Jahren ein unüberschaubares empirisches Detailwissen über die DDR zutage gefördert, indes nichts, was die Charakterisierung des Gesamtsystems als <totalitär> bekräftigen würde und nicht schon vor 1989 wenigstens im Prinzip bekannt gewesen wäre.“ Wenn aber die DDR nicht totalitär war, dann ist Totalitarismusforschung zu ihr letztlich absurd. Ebenso absurd sei die Totalkritik der DDR, denn ein gesellschaftliches System, das sich vierzig Jahre hielt, muss auch positive Eigenschaften gehabt haben. Die praktizierte Schwarz-Weiß-Malerei sei für wissenschaftliches Herangehen inakzeptabel. Seine Prämissen dagegen lauten: „Ich glaube, wir sollten uns nicht nur auf die Unzulänglichkeiten von sozialen Einrichtungen und die Unannehmbarkeit von Institutionen konzentrieren, sondern auch Vorzüge und Stärken untergegangener Systeme herausarbeiten... Der faire Umgang mit dem Gegner ist eine Frage der intellektuellen Redlichkeit. Zur Redlichkeit gehört, nicht pauschal abzuurteilen, sowie die Bereitschaft, auch Positives zu benennen. Es wäre jedenfalls verheerend, wenn sich die Ansicht durchsetzte, man brauche es bei Angriffen auf den geschlagenen Gegner mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen.“ Dem ist nur hinzu zu fügen: Es ist verheerend und die Wahrheit bleibt vielerorts auf der Strecke.

Eng verbunden mit dem Begriff des Totalitären ist der Begriff des Unrechtsstaates. Auch diesen lehnt Fritze ab. Er begründet das einigermaßen umfassend. Zunächst hebt er hervor, dass der Begriff völkerrechtlich nicht definiert und damit auslegbar ist. Es gäbe in jedem Rechtsstaat auch Unrecht und wo sei da die Grenze zu ziehen? Mit dem Begriff werde ein undifferenziertes, politisch mißbrauchbares Unwerturteil über die DDR gefällt. Im Text heißt es: „Jawohl: Es gab in der DDR massive Menschenrechtsverletzungen; sie verkörperte aber keine in jeder Hinsicht menschenfeindliche Ordnung, in der ein geregeltes und innerhalb der geltenden Gesetze selbstbestimmtes Leben nicht möglich gewesen wäre. Für die allermeisten war die DDR gerade nicht der Inbegriff des moralisch Verwerflichen.“ Es wird weiter verdeutlicht, dass der Begriff Unrechtsstaat eine unangemessene Parallele zum Faschismus unterstellt. „Parallelen existieren in struktureller Hinsicht, aber nicht in Bezug auf die Verbrechenqualität. Die DDR hat weder Angriffskriege geführt noch Minderheiten vernichtet.“ Eine Gleichsetzung der DDR mit dem faschistischen Staat als „Unrechtsstaat“ sei nicht hinnehmbar und deutlich abzulehnen. Ergänzend sei festgestellt, dass die DDR in der Rechtssetzung bezüglich des Arbeits-, Zivil- und Familienrechts der BRD erheblich voraus war.

Die Argumentation Fritzes gegen den Begriff Unrechtsstaat kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden. Für die Partei DIE LINKE in Thüringen jedenfalls, die den Begriff in Bezug auf die DDR akzeptiert hat, sind die Standpunkte dieses etablierten bürgerlichen Wissenschaftlers lesens- und nachdenkenswert.

Bemerkenswert ist, dass der Autor die Ideen des Marxismus für nachdenkenswert hält, die er im Eintreten für soziale Gerechtigkeit, für ein angemessenes Maß an Gleichheit und im Abbau sozialer

Zwänge sieht. Er spricht in diesem Zusammenhang von der Faszinationskraft der Kommunistischen Ideologie und schreibt: „Der Kommunismus in Gestalt des <sozialistischen Weltsystems> verstand sich als eine Antwort auf herangereifte Menschheitsprobleme. Eine adäquate und gerechte Beurteilung dieses sozialen Experiments kann vermutlich nur dann gelingen, wenn dieser Anspruch angemessen reflektiert wird. Als ein Experiment, das ein neuartiges Zivilisationsmodell zu etablieren suchte, verkörperte es ein Projekt der kollektiven Daseinsbewältigung.“ Aus dieser Sicht kommt Fritze zu dem Schluss, dass sich in die Freude über das Scheitern des diktatorischen Sozialismus auch ein Moment des Bedauerns mische - ein Bedauern eingedenk der Tatsache, dass ein epochaler Versuch, das Leben von Menschen sowie das Überleben der Menschheit in einer neuartigen gesellschaftlichen Konstellation zu organisieren, gescheitert ist, noch bevor er, so ist wohl zu vermuten, seine Entwicklungspotenzen ausschöpfen konnte. Solche Überlegungen stehen in diametralen Gegensatz zu den Auslassungen jener, die im sozialistischen Versuch nur Unrecht und Unbewältigtes sehen wollen.

Aus all dem zieht Fritze den Schluss, dass die Absicht der Delegitimierung wissenschaftsfremd sei. Sie sei im Grunde Bestandteil des Kampfes um politischen Einfluss und gehöre damit in den Bereich der Agitation und Propaganda. Mit solchen durchaus berechtigten Wertungen sägt er allerdings an dem Ast, auf dem er selbst sitzt. Er war Jahrzehnte selbst Bestandteil eines Wissenschaftsbetriebes, den er jetzt als wissenschaftsfremd erkennt. Als Insider prangert er jetzt an, dass es in diesem Betrieb weniger um Wissenschaft als vielmehr um Broterwerb gehe. Es herrsche ein Kampf um lukrative Posten und es gebe Denkfaulheit und Denkverbote. Zitat: „Nirgendwo sonst ist die Toleranz gegenüber Argumentationsdefiziten so ausgeprägt; nirgendwo sonst wird es mit einem solchen Gleichmut hingenommen, wenn hochmoralisch schwadronierende <Vergangenheitsaufarbeiter> Denkschwäche durch Meinungsstärke kompensieren, und nirgendwo sonst ist es so leicht, die wissenschaftliche Reputation von Abweichlern zu zerstören und andere ins soziale Aus zu befördern.“ Damit sieht Fritze wohl voraus, was ihm nach dieser Veröffentlichung sowohl im Institut als auch an der Universität bevorstehen könnte. Ein solcher Sachverhalt widerlegt deutlich alle Beschwörungen der angeblichen Meinungsfreiheit. Bleibt zu hoffen, dass Fritze über die Stärke verfügt, sich nicht brechen zu lassen.

Sucht man ein Beispiel für die wissenschaftsfremde Art und Weise der Delegitimierung, so kann man getrost auf das eingangs bereits erwähnte und vom Hannah-Arendt-Institut herausgegebene Buch „Von Stalingrad zur SBZ“ zurückgreifen. Hier werden in den Beiträgen, die den Zeitraum nach 1945, also die Sowjetische Besatzungszone, betreffen, alle Aspekte der Geschichtsverzerrung praktiziert, die Fritze beschreibt und anprangert.

Hinterfragt man allein den Titel des Buches, stößt man auf nicht unwesentliche Probleme. Welcher Zusammenhang besteht zwischen Stalingrad und der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wirklich? Im Buch wird keiner erklärt, nicht in einem einzigen Beitrag. Gewiss, Stalingrad war eine entscheidende Schlacht im 2. Weltkrieg. Für die deutschen Aggressoren brachte sie eine vernichtende Niederlage und sie stellte einen Wendepunkt im Kriegsverlauf dar. Sie war aber bei weitem nicht die einzige durch die Sowjetarmee gewonnene Schlacht. Ja, die Sowjetarmee kam von Stalingrad nach Deutschland, sie kam aber auch von Moskau und Leningrad, vom Kaukasus und von der Krim. Nicht in Stalingrad, sondern in Teheran 1943 und in Jalta 1944 wurde die spätere Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen durch die Siegermächte, also auch durch die westlichen Alliierten, beschlossen. In diesem Zusammenhang und nur in diesem, kam es zu einer sowjetisch besetzten Zone in Deutschland. Die letztlich Ursache dafür lag aber weder in Stalingrad noch in Teheran oder Jalta, sie lag einzig in der wahnwitzigen Aggression Nazideutschlands und deren Folgen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Stalingrad und der SBZ. Die Wahl eines solchen irreführenden Titels durch Historiker, gar durch ein wissenschaftliches Institut lässt vermuten, dass hier etwas ganz anderes suggeriert werden soll: Der Name Stalins kommt in Stalingrad vor und die sowjetisch besetzte Zone wird in den Buchtexten als durchgehend

stalinistisch geprägt dargestellt. Es geht den Herausgebern offensichtlich überhaupt nicht um Stalingrad, weder um die Stadt noch um die Schlacht, was ja auch mit Sachsen nur indirekt zu tun hätte, es geht um die Konstruktion eines direkten Weges des Stalinismus von Stalingrad in die sowjetisch besetzte Zone. Mit diesem Ziel kann und muss man wohl die tatsächlichen historischen Zusammenhänge schon mal weglassen und neue konstruieren.

Der Untertitel mit den Jahreszahlen 1943 bis 1949 weist auf ähnliche Konstruktionen hin. Bekanntlich war 1945 das Jahr der endgültigen Niederlage des deutschen Aggressors, der Beendigung des 2. Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands vom Faschismus. Es war ein Epochebruch, ein Jahr, das Europa und seine Landkarte veränderte. Es war auch ein tiefer Einschnitt in der Geschichte Sachsens, der so wie in Deutschland insgesamt einen völligen Neubeginn erforderte. Genau diese Zäsur wird überdeckt, wenn die Herausgeber im Einleitungstext des Buches schreiben: „Dennoch steht das Jahr 1945 nicht für die Stunde Null; der radikale politische und gesellschaftliche Umbruch schloss neben Brüchen auch Kontinuitäten ein.“ Und genau auf letztere kommt es den Herausgebern an, auf die Kontinuitäten, in denen sie eine Forschungslücke für Sachsen zu erkennen glauben: Die Kontinuität zwischen dem faschistischen Sachsen und dem Sachsen des antifaschistischen Um- und Aufbruchs sei nicht hinreichend erforscht. Welche Kontinuität soll das denn sein? Natürlich gibt es für jede Zäsur auch ein Vorher und ein Nachher, ja es gab vor 1945 Schwarzmarkt und Prostitution und auch nachher, um Beispiele zu nennen, aber war das für die Gesellschaften vor und nach der Zäsur prägend, wesentlich? Nein, für die Herausgeber und Autoren des Buches gibt es eine wesentliche Kontinuität: Sie besteht für sie darin, dass vor 1945 faschistische und nach 1945 stalinistische Diktatur in Sachsen herrschte. Das Buch fußt durchgehend auf dem Vergleich und der weitgehenden Gleichsetzung des faschistischen Deutschlands mit den Verhältnissen in der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR, also auf der Theorie von den zwei Diktaturen im Osten Deutschlands. Die Jahre 1943 bis 1949 wurden einzig deshalb ausgewählt, um den Nachweis anzutreten, dass Diktatur vor der Zäsur gleich Diktatur nach der Zäsur war. Damit wird die Zäsur selbst ad absurdum geführt. Genau darin besteht das Ziel, denn von der Befreiung vom Faschismus spricht man in manchen Kreisen noch immer nicht gern. Es gab ja Kontinuität.

Im Buch gibt es zum Beispiel einen Beitrag unter dem Titel „Jugendpolitik und Jugendkriminalität in Sachsen 1943 - 1949“. Hier werden faschistische Jugendpolitik beim letzten Aufbäumen der deutschen Kriegsverbrecher und antifaschistische Jugendarbeit der Nachkriegsjahre in einem Atemzug behandelt. In der Einleitung schreibt der Autor, Konstantin Hermann, den skandalösen Satz: „Diese Studie befasst sich mit zwei, in ihrer Existenz gefährdeten Gesellschaftsformationen am Beispiel Sachsens: Von 1943 bis Mitte 1945 rang das NS-Regime um die Sicherung der neu geschaffenen Ordnung; ein gesellschaftlicher Neu- und Gegenentwurf gipfelte 1949 in der Gründung eines neuen Staats - der Deutschen Demokratischen Republik.“ Beide „gefährdet“, kein großer Unterschied. Man stelle sich die Wirkung auf junge Leser mit geringen Geschichtskennntnissen vor.

Es gibt einen weiteren prinzipiellen Einwand, der wiederum nahezu alle Buchbeiträge betrifft. Bekanntlich wurde Anfang August 1945 durch die vier alliierten Mächte das Potsdamer Abkommen beschlossen, in dem verbindlich geregelt wurde, wie die Siegermächte mit dem besiegten Deutschland zu verfahren gedachten. Das Abkommen enthielt die Ziele und Regelungen für die Entnazifizierung und die Entmilitarisierung sowie für die Demokratisierung Deutschlands. Die Sowjetunion hat das Abkommen mit unterzeichnet und war an seinen Inhalt gebunden. Maßstab für die Beurteilung der in Sachsen in der Nachkriegszeit seitens der Sowjetunion getroffenen Maßnahmen muss daher für jeden Historiker zunächst sein, inwieweit sie mit dem Potsdamer Abkommen übereinstimmten. Dieses Abkommen aber wird im Buch nicht einmal erwähnt, geschweige denn als Maßstab genommen.

Diese grundsätzliche Kritik des Buches, die sich am Titel und seinem Grundkonzept festmacht, trifft nicht auf jenen Teil zu, der sich ausschließlich mit der nationalsozialistischen Herrschaft in Sachsen in den Jahren 1943 - 1945 befasst. Die dazu geschriebenen Beiträge sind durchaus informativ. Die Verfälschung setzt mit dem Neubeginn im Osten 1945 ein, der eben angeblich keiner war. In nahezu allen Maßnahmen, die unter Veranlassung oder Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht in den Jahren nach 1945 in Sachsen realisiert wurden, wie Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Bodenreform, Verwaltungs- und Bildungsreform sieht man zu allererst eben nicht die Umsetzung des Potsdamer Abkommens, sondern die Verwirklichung sowjetischer und kommunistischer Machtansprüche. Dafür hat man die Vokabel „Diktaturdurchsetzung“ gefunden, die durchgängig verwandt wird und die der Totalitarismuskonzeption entspricht.

Ja, lupenreine Demokratie herrschte in der SBZ nicht. Es gab in wohl vielen Fällen eine Bevorzugung von Kommunisten bei der Neubesetzung der von Nazis verlassenen Ämter oder in der Verwaltungsreform. Aber die Kommunisten waren auch die entschiedensten Nazigegner gewesen und hatten während der Nazizeit außerordentliche Opfer gebracht. Viele von ihnen kamen aus den Konzentrationslagern, aus der Illegalität oder aus der Emigration und sie waren oft auch die einzigen, die als glaubhafte Antifaschisten zur Verfügung standen.

Als ob der oben bereits zitierte und auch am Hannah-Arendt-Institut tätige Professor Fritze seinen Kollegen direkt widersprechen wollte, schreibt er: „Als Kommunisten nach 1945 in Ostdeutschland die Macht ergriffen und damit begonnen hatten, ihre Vorstellungen Wirklichkeit werden zu lassen, betrachteten sie die Bodenreform und die Verstaatlichung der Betriebe auch als eine Art <struktureller Entnazifizierung>. Darüber hinaus sollte ihr gesellschaftliches Projekt als ein soziales Experiment beschrieben werden, das viele faszinierte und mit dem sich Hoffnungen verbanden.“ Von einem solchen Herangehen ist das Institut meilenweit entfernt. Ja, die Totalitarismusforschung steht total im Zwielficht.